

PRESSEERKLÄRUNG von Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus

Diese Bahnprivatisierung muss vom Tisch

Franziska Eichstädt-Bohlig, Fraktionsvorsitzende, und Claudia Hämmerling, verkehrspolitische Sprecherin, erklären:

Schon England und Lettland haben schlechte Erfahrung mit der Privatisierung des Schienennetzes und der Bahnhöfe gemacht. Die Infrastruktur wurde vernachlässigt, das Bahnfahren teurer und unsicher. In England musste der Staat die marode Infrastruktur zurücknehmen und für Milliarden sanieren. Auch in Lettland soll die Privatisierung aus den selben Gründen zurückgenommen werden.

Fest steht: Mit der Netzprivatisierung werden sich die Bedingungen auch für die Berliner (S-) BahnkundInnen verschlechtern. Einen Vorgeschmack darauf bietet uns gerade die S-Bahn. Ihre Gewinne werden nicht etwa für Bahnhofspersonal oder zur Sanierung der Langsamfahrstellen in Berlin verwandt. Sie werden an den DB-AG-Konzern weitergeleitet, um dessen Bilanz vor dem Börsengang zu verbessern.

Auf die Straße übertragen hieße diese Bahnprivatisierung, die Autobahnen einem einzigen Autokonzern zu überlassen. Die Fahrgäste müssen die Monopolstellung mit den Fahrpreisen bezahlen.

Solange es keine klare Trennung von Netz und Betrieb gibt, darf es keine Privatisierung der Bahn geben. Das Grundgesetz fordert in Artikel 87e sehr eindeutig, dass Bau, Unterhaltung und Betrieb der Schienenwege im Eigentum des Bundes erfolgen sollen. Diese grundrechtliche Bedingung darf nicht durch ein Privatisierungsgesetz ausgehöhlt werden, das nur noch dem Anschein nach die Verfügung des Bundes über das Schienennetz garantiert, de facto aber auch das Netz der privaten Verfügung überlässt. Denn die Regelung, nach der der Bund formal Eigentümer des Netzes bleibt, die wirtschaftliche Verfügungsgewalt aber bei der DB AG und ihren künftigen privaten Miteignern liegen soll, ist reine Augenwischerei. Es ist auch absurd, der Bahn jährlich mindestens 2,5 Mrd. Euro Steuergelder für die Sanierung des Schienennetzes zu garantieren, wenn die Profite aus diesen Steuergeldern Privaten zugute kommen sollen. Gegen die Bahnprivatisierung muss Berlin notfalls mit einer Verfassungsklage reagieren.

(c) Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus - Berlin

Telefon: 030-2325 2450/51

www.gruene-fraktion-berlin.de

<mailto:pressestelle@gruene-fraktion-berlin.de>